

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

20. Jahrgang

Berlin, den 2. April 1953

Nummer 14

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Agrarpolitische Entwicklung und Neubauern-Bauprogramm in der sowjetischen Besatzungszone

Die 1945 in der sowjetischen Besatzungszone überstürzt durchgeführte Bodenreform teilte die dortigen Großbetriebe in so kleine Einheiten auf, daß damals bereits die Lebensfähigkeit dieser Kleinbetriebe angezweifelt wurde. Heute läßt sich erkennen, daß diese Aufteilung nur ein Zwischenstadium in der agrarpolitischen Entwicklung der SBZ auf dem Wege zur Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Besitzes war.

Die im ersten Nachkriegsjahr in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bodenreform umfaßte eine Fläche von 3,2 Mill. ha, von denen 2,2 Mill. ha an 544 000 Bodenempfänger zur Verteilung gelangten. Der Rest verblieb im Länder-, Kreis- und Gemeindebesitz, ein kleiner Teil blieb als volkseigene Güter (Versuchs-, Saatzucht- und Tierzuchtbetriebe) erhalten. Von den an die Bodenempfänger verteilten Flächen kamen etwa 925 000 ha an 119 500 landlose Bauern und Landarbeiter und 755 000 ha an 89 500 Umsiedler, die übrigen Flächen gingen als Landzulagen an landarme Bauern, Kleinpächter, Arbeiter und Altbauern.

Es wurden also 209 000 eigentliche Neubauernstellen mit einer Durchschnittsgröße von rd. 8 ha gegründet, denen in den weitaus meisten Fällen zunächst nur der Boden zur Verfügung stand. Für die Bereitstellung von Maschinen und Geräten konnte über die neugeschaffenen Maschinenausleihstationen zunehmend Hilfe gewährt werden; durch Verteilung der Viehbestände der bisherigen Güter und durch Abgabe von Vieh aus den weniger devastierten Gebieten der Zone gelangten die Neubauern in den Besitz von lebendem Inventar. Schwieriger zu lösen war das Problem der Unterbringung dieser Tiere und vor allem der Menschen selbst, denen die beschleunigte Errichtung eigener Hofstellen versprochen worden war. Nur 16 000 von diesen Neubauern waren bereits im Besitz von eigenen Wohnhäusern, weiteren 47 000 konnte aus den in den Bodenfonds übernommenen Gebäuden Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Neben den noch fehlenden 146 000 Wohnungen waren es besonders Stallungen und Scheunen, die zur Errichtung eigener Wirtschaften notwendig waren. Die Unterbringung des Viehs und der Erntevorräte in noch vorhandenen Gebäuden der zerschlagenen Güter konnte nur einen Notbehelf darstellen. Die zunächst von den einzelnen Länderregierungen ausgehende Initiative zur Errichtung der erforderlichen Gebäude hatte nur geringen Erfolg, weil jeder Überblick über den Umfang des Bau-

programms fehlte. Erst im Jahre 1947 konnte auf Grund inzwischen angestellter Erhebungen ein klares Bild gewonnen werden. Mit dem Befehl Nr. 209 der sowjetischen Militäradministration vom 9. September 1947 wurde die Grundlage für ein systematisches Neubauern-Bauprogramm in der ganzen Zone geschaffen. Bis Ende 1948 war die Errichtung von 37 000 Häusern vorgesehen, wobei die Verwendung von Abbruchmaterial aus den niederzulegenden Gutsgebäuden und die Verwendung örtlicher Baumaterialien, d. h., die Errichtung von Lehmgebäuden, besonders herausgestellt und befohlen wurde. Wenn auch mit der Fertigstellung von 35 000 Gebäuden dieses Programm annähernd durchgeführt wurde, so blieben drei Jahre nach der Bodenreform doch immer noch 111 000 Neubauern ohne eigene Wohnung, eine noch größere Anzahl auch ohne eigene Wirtschaftsgebäude.

Heute, nach weiteren fünf Jahren, ist das Neubauern-Bauprogramm immer noch nicht abgeschlossen. Die während des Jahres 1948 erzielten Anfangserfolge, durch welche ein Anreiz zum Ausharren der mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Neusiedler erreicht werden sollte, waren in erster Linie auf den von der Besatzungsmacht ausgeübten Druck zurückzuführen. In den folgenden Jahren ließ das Tempo der anfänglichen Aktivität, nicht zuletzt wegen der schwerpunktmäßigen Verlagerung der Bautätigkeit auf den Industriesektor bedenklich nach. Die Verbesserung der eigenen industriellen Produktionsmöglichkeiten der SBZ wurde in steigendem Maße als dringend erforderlich angesehen. Mit dem Industries Ausbau vermehrten sich die Schwierigkeiten zur Beschaffung der notwendigen Baumaterialien und zwangen zu Einsparungen, von denen in erster Linie der landwirtschaftliche Bau betroffen wurde. Es mag weiterhin schon damals in der Zielrichtung der kommunistischen Agrarpolitik gelegen haben, im Hinblick auf die in späterer Zeit beabsichtigte Verstaatlichung der Landwirtschaft den Ausbau selbständiger Kleinbetriebe nicht mehr unter allen Umständen zu

forcieren. Zwar wurde weiterhin die Erstellung von Wohnraum als erforderlich angesehen, für die Wirtschaftsgebäude jedoch erachtete man behelfsmäßige Ausbauten, oft genug in einfachster Form als Schutzdach, für ausreichend. Mit den für eine Neusiedlerstelle vorgeschriebenen Höchstbaukosten, die im Durchschnitt bei etwa 10 000 DM liegen, konnten und können nur bescheidene Ansprüche befriedigt werden.

Trotz aller Bemühungen seitens der damaligen Regierungsstellen und trotz der bereitwilligen Gewährung von zum Teil zinslosen Krediten konnten bis zu Beginn des Jahres 1950 nur 55 000 Wohnhäuser, 60 000 Ställe und 3600 Scheunen errichtet werden, obgleich ursprünglich vorgesehen war, im Laufe dieses Jahres den größten Teil der Neubauern in den Besitz der erforderlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude zu bringen. Besondere Sorgen bereiteten und bereiten heute noch die sogenannten „Überhänge“, d. h., solche Bauten, deren Fertigstellung aus den mannigfachen Gründen planmäßig nicht durchzuführen war. Anfang 1951 beliefen sich diese Überhänge auf 17 000, nach anderen Quellen auf 22 000 Baueinheiten. Meist ohne Dach, da es an den erforderlichen Ziegeln fehlte, waren diese begonnenen Bauten den Witterungseinflüssen ausgesetzt, wodurch das in sie investierte Kapital zum Teil verloren ging. Im ganzen wurde im Jahre 1951 nach Angaben des sowjetzonalen Ministeriums für Wirtschaft und Aufbau, das ab 1951 für die Durchführung des Neubauern-Bauprogramms verantwortlich ist, das Programm nur zu 61 vH erfüllt. Einschließlich der erwähnten Überhänge konnten nur 29 350 Wohn- und Stall-einheiten zur Benutzung fertiggestellt werden. Gleichzeitig blieben jedoch rd. 10 000 Bauvorhaben unerledigt. Neben der Fertigstellung dieser Überhänge sah der Plan für das Jahr 1952 den Bau von weiteren 34 000 Einheiten (je zur Hälfte Wohnhäuser und Ställe) vor, wovon 40 vH in Lehmbauweise ausgeführt werden sollten. Neben der dadurch zu erreichenden Verbilligung um 10 bis 15 vH sollte die Einsparung von Baumaterialien (Ziegel, Kalk und der für deren Herstellung benötigten Kohle) sowie von Transporten erreicht werden.

Die Gründe für die schleppende Durchführung des Neubauern-Bauprogramms liegen weniger in der Zubilligung ausreichender Kredite (es wurden zur Verfügung gestellt: 1949 = 430 Mill. DM, 1950 = 150 Mill. DM, 1951 und 1952 je 200 Mill. DM), als vielmehr in der bereits erwähnten Schwierigkeit, die erforderlichen Baumaterialien bereitzustellen. Außerdem wurden erhebliche Planungsfehler sichtbar, die sich durch das Nebeneinander der verschiedensten mit dem Bauprogramm beauftragten Behördenstellen und politischen Organisationen ergaben und die von maßgebender Seite auch zugegeben wurden. In einem „Das waren die Mängel im Bauprogramm“ überschriebenen Artikel¹⁾ wird seitens des Ministeriums für Aufbau in „selbstkritischer Betrachtung“ dazu Stellung genommen.

Das Interesse, die einzelnen Betriebe zu selbstständigen und sie mit eigenen Wirtschaftsgebäuden auszustatten, ist in den folgenden Jahren immer geringer geworden. Auffällig ist das Nichteingehen auf das Neubauern-Bauprogramm im „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1953“ und die fast nebensächliche Erwähnung im

gleichen Gesetz für das Jahr 1952. Wurde 1952 immerhin noch gefordert, daß „das Neubauern-Bauprogramm gegenüber dem Vorjahr wesentlich zu verbessern sei“, wobei besonders die Anwendung „materialsparender Bauweisen“ herausgestellt wurde, so werden im Volkswirtschaftsplan 1953 lediglich ganz allgemein „die Bauten für die Landwirtschaft“ und die „Verwendung von Naturbaustoffen in allen Betrieben“ erwähnt. Bezeichnend ist ferner die Bestimmung, daß für Scheunenbauten Kreditmittel nicht mehr bereitgestellt werden dürfen. Außerdem wird seit Mitte 1952 das Neubauern-Bauprogramm in der ostzonalen Fach- und Tagespresse kaum noch erwähnt. Diese Entwicklung verdient insofern Beachtung, als sie zeitlich mit der auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli vergangenen Jahres eingeleiteten „Sozialisierung der Landwirtschaft“ zusammenfällt. Die seit diesem Zeitpunkt eifrig betriebene Aufforderung zur „freiwilligen“ Gründung von Produktionsgenossenschaften bedeutet letzten Endes nicht anderes als den ersten Schritt zu den schon längst geplanten Großbetrieben nach sowjetischem Vorbild und entsprechend der bereits fortgeschrittenen Entwicklung in den Satellitenstaaten. Besonders die nach dem „Musterstatut Typ III“ angestrebte Stufe, bei der außer dem Ackerland auch das Zug- und Nutzvieh der gemeinsamen Betreuung unterworfen werden soll, ist als letzte Vorstufe zur endgültigen Kolchosierung der Landwirtschaft, also Rückkehr zum Großbetrieb, anzusehen. Daß bei solcher Bewirtschaftungsweise die Errichtung selbstständiger Höfe mit den für den Eigenbetrieb notwendigen Wirtschaftsgebäuden nicht mehr angebracht ist, leuchtet ohne weiteres ein. Die Errichtung der Neubauernsiedlungen in meist geschlossener Dorflage schließt ihre Verwendung für die Mitglieder der Genossenschaften nicht aus; die bisher erstellten Stallungen sollen lediglich zur Unterbringung des den Genossen belassenen Viehs dienen. Die Speicherung der Ernten und die Aufstallung der gemeinsam zu haltenden Viehbestände machen die Errichtung großräumiger Wirtschaftsgebäude erforderlich, soweit nicht die noch bestehenden Ställe und Scheunen der ehemaligen Güter benutzt werden können. Vom sowjetzonalen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wird denn auch „die Lösung der Stallfrage und der dementsprechenden Wirtschaftsgebäude für den Übergang zur genossenschaftlichen Viehhaltung als Problem von erstrangiger Bedeutung“¹⁾ angesehen.

Neben der bei der Bodenreform absichtlich kleingehaltenen Landzuteilung an die Neusiedler, die von vornherein unwirtschaftlich sein mußte und in vielen Fällen kaum zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse ausreicht, deutet auch die Abwandlung des Neubauern-Bauprogramms darauf hin, daß ganz systematisch auf das Ziel der Kolchosierung hingearbeitet wird. Über die einstmals geäußerte Ansicht: „Erst dann ist der Bauer tatsächlich frei, wenn er seinen Boden auch selbst bewirtschaftet mit seinem eigenen Spannvieh, dem eigenen Ackergerät, von der eigenen Hofstelle aus; er soll nicht nur rechtlicher Eigentümer seines Bodens sein, sondern auch Wirt“²⁾, ist die augenblickliche Entwicklung längst hinweggegangen.

¹⁾ „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften wollen bauen“. Herausgegeben vom Ministerium f. Land- u. Forstwirtschaft der DDR. Deutscher Bauernverlag 1953.

²⁾ Edwin Hoernle: „Die Bodenreform, ein Weg zu Demokratie und Frieden“. Deutscher Bauernverlag GmbH, Berlin 1946

¹⁾ „Der Freie Bauer“, 7. Jg., Nr. 6, v. 10. 2. 1952

Das Berliner Bankwesen 1951 und 1952¹⁾

Die Entwicklung der Einlagen in West-Berlin

In den Jahren 1951 und 1952 hat sich der Geschäftsumfang der Westberliner Kreditinstitute außerordentlich stark ausgedehnt. Der Einlagenbestand ist sowohl im Jahre 1951 als auch im Jahre 1952 um mehr als 300 Mill. DM gestiegen. Während es sich im Jahre 1952, das eine Steigerung um 311,6 Mill. DM aufweist, um einen echten Einlagenzuwachs handelt, war die Zunahme im Jahre 1951 (+ 313,6 Mill. DM) zum weitaus größten Teil auf die Umbuchung von Uraltguthaben auf die drei Arten von Einlagenkonten zurückzuführen. Innerhalb der Einlagen hat eine sehr starke Verlagerung zu den Termingeldern stattgefunden, was namentlich für das Jahr 1952 gilt, in dem die befristeten Gelder um 201,5 Mill. DM zugenommen haben, d. h. beinahe um den doppelten Betrag wie täglich fällige Gelder und Spareinlagen zusammen. Ein verhältnismäßig großer Teil von den Termineinlagen besteht allerdings aus Geldern öffentlich-rechtlicher Körperschaften.

Gesamtübersicht¹⁾
in Mill. DM

Bilanzposition	Ende 1950	Ende 1951	Ende 1952	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1951	1952
A k t i v a					
1. Liquide Mittel					
I. Ordnung ²⁾	87,1	95,8	233,6	+ 8,7	+ 137,8
2. Wechselschuldner . .	39,4	135,2	218,6	+ 95,8	+ 83,4
3. Schuldner (lfd. Rechnung). . .	149,4	199,3	274,4	+ 49,9	+ 75,1
4. Akzeptschuldner . .	72,5	100,0	87,6	+ 27,5	— 12,4
5. Mittelfristige Kredite	12,8	28,5	42,9	+ 15,7	+ 14,4
6. Kredite aus ERP- u. GARIOA-Mitteln . .	175,2	345,2	501,0	+ 170,0	+ 155,8
7. Langfristige Aus- leihungen					
a) gegen Hypotheken	11,1	11,4	36,5	+ 0,3	+ 25,1
b) gegen andere Sicherheiten . .	1,5	4,3	2,9	+ 2,8	— 1,4
8. Ausgleichsforderung. a) aus der Währungs- umstellung . . .	66,5	56,4	56,4	— 10,1	—
b) aus der Uralt- kontenumstellung . .	262,6	174,4	165,4	— 88,2	— 9,0
9. Schuldverschreibung der Stadt Berlin . .	6,9	4 4	4,0	— 2,5	— 0,4
10. Sonstig. Wertpapiere	1,7	7,5	11,3	+ 5,8	+ 3,8
P a s s i v a					
1. Tägl. fällige Gelder	270,0	424,5	488,8	+ 154,5	+ 64,3
2. Termingelder	46,4	156,2	357,7	+ 109,8	+ 201,5
3. Spareinlagen. . . .	30,1	79,4	125,2	+ 49,3	+ 45,8
Einlagenbestand, insgesamt	346,5	660,1	971,7	+ 313,6	+ 311,6
4. Uraltguthaben	250,7	—	—	— 250,7	—
5. Nostroverpflichtung. a) aus ERP- und GARIOA-Mitteln	210,1	417,8	547,6	+ 207,7	+ 129,8
b) sonstige	10,8	9,5	15,8	— 1,3	+ 6,3
6. Eigene Akzepte (im Umlauf)	62,4	89,7	41,2	+ 27,3	— 48,5
7. Eigenkapital	21,4	31,6	48,8	+ 10,2	+ 17,2
Indossamentsverbind- lichkeiten	63,1	100,5	117,9	+ 37,4	+ 17,4
1) Nach den Monatsberichten der Berliner Zentralbank. — 2) Kasse, Schecks (einschl. Inkassowechsel), Postscheck-, Giro-, und Nostro Guthaben.					

¹⁾ Nach den Monatsberichten der Berliner Zentralbank. — ²⁾ Kasse, Schecks (einschl. Inkassowechsel), Postscheck, Giro-, und Nostro Guthaben.

Zwischen den Einlagen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und den Instituteinlagen besteht ein innerer Zusammenhang. Da öffentliche Gelder, um in den Genuß eines besseren Zinssatzes zu gelangen, vielfach den Terminkonten zugeführt werden, müssen die Kreditinstitute, die diese Gelder

erhalten, auch ihrerseits wieder Geld befristet anlegen, weil sie sonst nicht in der Lage sind, die ihnen anvertrauten Termingelder angemessen zu verzinsen.

Aufgliederung der Termingelder
in Mill. DM

Einleger	Ende 1951	Ende 1952	Veränderung in 1952
Wirtschaft und Private	110,6	155,5	+ 44,9
Öffentlich-rechtliche Körperschaften	41,1	143,8	+ 102,7
Geldinstitute	4,5	58,4	+ 53,9
Termingelder, insgesamt . . .	156,2	357,7	+ 201,5

Ein weiterer Grund für das Anwachsen der Termineinlagen ist das Fehlen von Kapitalanlagewerten. Gelder, für die früher Wertpapiere erworben wurden, werden heutzutage als Termingeld angelegt. In dem Augenblick, in dem wieder ein funktionsfähiger Kapitalmarkt besteht, werden die Guthaben auf den Termingeldkonten schrumpfen und die Wertpapierbestände von Wirtschaft und Privaten anwachsen.

Verteilung des Einlagenbestandes¹⁾
auf die einzelnen Institute bzw. Institutsgruppen
in Mill. DM

Institut bzw. Gruppe	Ende 1950	Ende 1951	Ende 1952	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1951	1952
Berliner Bank AG. . .	251,8	291,7	355,1	+ 39,9	+ 63,4
Nachfolgeinstitute der ehemaligen Filialgroßbanken	197,0	220,8	334,6	+ 23,8	+ 113,8
Sonstige private Bankinstitute	38,4	49,2	96,7	+ 10,8	+ 47,5
Sparkasse der Stadt Berlin West	92,9	78,8	159,3	— 14,1	+ 80,5
Berliner Volksbank eGmbH und sonstige Genossenschaftsbanken	17,0	19,6	25,6	+ 2,6	+ 6,0
Einlagen, insgesamt . . ²⁾ 597,1	660,1	²⁾ 971,3	+ 63,0	+ 311,2	

¹⁾ Kreditoren, Spareinlagen und Uraltguthaben. — ²⁾ Der geringfügige Bestand von Sichteinlagen der Berliner Industriebank in Höhe von 0,1 bzw. 0,4 Mill. DM ist in den Summen nicht berücksichtigt.

Betrachtet man die Verteilung des Einlagenbestandes auf die verschiedenen Institute bzw. Institutsgruppen, so ist festzustellen, daß die Nachfolgeinstitute der ehemaligen Filialgroßbanken stark aufgeholt haben. Ihr Einlagenbestand ist in den Jahren 1951 und 1952 um 137,6 Mill. DM gestiegen (der Zuwachs bei der Berliner Bank stellte sich im gleichen Zeitraum auf 103,3 Mill. DM). Bei der Sparkasse haben sich die Einlagen im Jahre 1952 mehr als verdoppelt (+ 80,5 Mill. DM); der Zuwachs verteilt sich zu mehr als einem Drittel auf die Sparkonten und fast zu zwei Dritteln auf die Termingeldkonten. Dieses starke Ansteigen der Termingelder, deren Bestand sich im Jahre 1952 von 3,8 Mill. auf 53,6 Mill. DM erhöht hat, ist zum überwiegenden Teil auf die Hereinnahme öffentlicher Mittel zurückzuführen, die die Sparkassen als kommunale Geldinstitute bekanntlich in großem Umfange zu verwalten pflegen.

Die Ausleihungen in West-Berlin

Das Kreditvolumen der Westberliner Kreditinstitute hat sich im Laufe der Jahre 1951 und

¹⁾ Die Ausführungen bilden eine Ergänzung zu der s. Zt. von Dr. Fritz Federau gegebenen Darstellung „Das Berliner Bankwesen 1945/50“; Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Sonderheft N. F. Nr. 11, Berlin, 1951.

1952 nahezu verzweieinhalbfacht, wobei die kurzfristigen Kredite — Basis Ende 1950 = 100 — auf 215, die mittel- und langfristigen Ausleihungen auf 291 gestiegen sind. Dabei sind beide Kreditarten um nahezu den gleichen absoluten Betrag (374,1 Mill. bzw. 382,7 Mill. DM) gewachsen.

Das Kreditvolumen der Westberliner Kreditinstitute
aufgegliedert nach seiner Fristigkeit und nach
seiner Verteilung auf die einzelnen Institute
in Mill. DM

Kreditart bzw. Kreditgeber	Ende 1950	Ende 1951	Ende 1952	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1951	1952
Kreditvolumen, insgesamt	525,0	924,4	1281,8	+390,4	+357,4
Kurzfristige Kredite ¹⁾	324,4	2)335,0	2)698,5	+210,6	+163,5
Mittel- u. langfristige Ausleihungen	200,6	389,4	583,3	+188,8	+193,9
Kreditgeber					
Berliner Bank AG. . .	210,5	303,2	341,9	+ 92,7	+ 38,7
Nachfolgeinstitute d. ehemaligen Filial- großbanken	82,0	184,2	255,1	+102,2	+ 70,9
Sonstige private . . .					
Bankinstitute	20,3	49,0	85,9	+ 28,7	+ 36,9
Sparkasse der Stadt Berlin West	17,0	20,7	54,7	+ 3,7	+ 34,0
Berliner Volksbank eGmbH u. sonstige Genossenschafts- banken	9,3	15,8	23,8	+ 6,5	+ 8,0
Berliner Industrie- bank AG.	185,9	351,5	520,4	+165,6	+168,9

¹⁾ Einschl. der Kredite, für die die Mittelbeschaffung im Wege der Refinanzierung erfolgte; außerhalb der Bilanz als „Indossamentsverbindlichkeiten“ aufgeführt. — ²⁾ Darin sind enthalten: 20,5 Mill. bzw. 18,7 Mill. DM Exportfinanzierungskredite sowie eine Beteiligung am Getreide-Konsortialkredit in Höhe von 52,0 Mill. bzw. 75,8 Mill. DM.

Der Schwerpunkt im kurzfristigen Kreditgeschäft liegt bei der Berliner Bank und den Nachfolgeinstituten der ehemaligen Filialgroßbanken. Von den mittel- und langfristigen Ausleihungen, die Ende 1952 insgesamt 583,3 Mill. DM betrugen, entfallen allein 520,4 Mill. DM oder rund neun Zehntel auf die Industriebank, die in Berlin die Stellung eines zentralen Instituts für die Kreditgewährung aus ERP-, MSA- und GARIOA-Mitteln einnimmt. Ein erheblicher Teil der kurz- und mittelfristigen Kredite hat dazu gedient, um die mit Hilfe langfristiger Ausleihungen durchgeführten Investitionen wirtschaftlich nutzbringend und fruchtbar zu gestalten.

Da der Einlagenbestand bei den Geschäftsbanken (ohne Industriebank) im Jahre 1952 wesentlich stärker gestiegen ist (+ 311,6 Mill. DM) als die Ausleihungen, die einen Zuwachs von nur 188,5 Mill. DM aufweisen, ist eine ganz beträchtliche Verbesserung der Liquidität zu verzeichnen. Sie errechnet sich z. B. bei den gesamten Kreditbanken für Ende 1952 auf 38,4 vH (gegenüber 29,1 vH am Schluß des Jahres 1951). Aus den Ausweisen der Berliner Zentralbank, bei der die Geschäftsbanken ihre Pflichtreserven anzulegen haben, ist die Entspannung, die in der Geldlage eingetreten ist, deutlich zu ersehen. Die

Position „Wechsel und Schecks“, die Ende 1951 mit 90,6 Mill. DM, Mitte 1952 sogar mit 159,8 Mill. DM ausgewiesen wurde, war bis zum Jahresschluß auf 77,3 Mill. DM abgesunken. Indossamentsverbindlichkeiten bestanden am gleichen Zeitpunkt nur in sehr geringem Umfange (21,7 Mill. DM).

Entwicklung in Ost-Berlin

Die als Währungsbank für das sowjetische Besatzungsgebiet fungierende Deutsche Notenbank ist durch Gesetz vom 31. Oktober 1951 zur „Staatsbank“ proklamiert worden. Ihr Grundkapital wurde im Zusammenhang hiermit von 100 auf 400 Mill. DM-Ost erhöht. Über die Tätigkeit der Deutschen Notenbank ist die Öffentlichkeit bisher nur einmal ausführlich unterrichtet worden, und zwar durch die im Oktober 1949 erfolgte Bekanntgabe des Bankausweises per 30. September 1949. Nach diesem Zeitpunkt sind lediglich völlig nichtssagende Dekadenausweise über den Noten- und Münzenumlauf veröffentlicht worden, denen zufolge die Summe der ausgegebenen Barzahlungsmittel unverändert 4169 Mill. DM-Ost beträgt; in den Jahren 1951 und 1952 befanden sich — nach diesen Ausweisziffern — an Barmitteln durchschnittlich etwa 3330 Mill. DM-Ost „bei der Bevölkerung, bei den Betrieben und bei den Organisationen im Umlauf“.

Die Hergabe langfristiger Darlehen liegt nach wie vor in den Händen der Deutschen Investitionsbank. Eine nicht unwesentliche Verstärkung haben die von der Investitionsbank verwalteten bzw. ihr für Zwecke der Kreditgewährung zur Verfügung stehenden Kapitalfonds dadurch erfahren, daß dieses Institut seit dem Jahre 1950 auch zur Einziehung sämtlicher Darlehen ermächtigt ist, die seinerzeit das Deutsche Reich, der Preußische Staat oder die von diesen beiden Gebietskörperschaften beauftragten Bankinstitute gegeben haben.

Die zentrale Bankanstalt für den gesamten Agrarsektor ist die im Jahre 1950 errichtete, mit einem Grundkapital von 50 Mill. DM-Ost ausgerüstete Deutsche Bauernbank. Sie gewährt neben lang- und mittelfristigen Darlehen auch Personalkredite, letztere hauptsächlich zur Überbrückung des Zeitraums zwischen Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) und Eingang des Verkaufserlöses. Außerdem ist die Bauernbank das zentrale Geldinstitut für das gesamte Genossenschaftswesen. Bei der Kreditgewährung verkehrt die Bauernbank mit dem letzten Kreditnehmer stets nur unter Einschaltung der Genossenschaften.

Der Kreis der im sowjetischen Sektor von Berlin gelegenen lokalen Kreditinstitute (Stadtkontor, Sparkasse und Volksbank) hat sich gegenüber dem Stand von Ende 1950 nicht geändert.

		1949 = 100		104,9	100,9	100,2	98,3	104,8	101,5	101,4	93,3	95,9	102,2	106,7	114,1	109,6	.	.	
Industr.Arbeitsproduktivität⁹⁾																			
je Beschäftigten																			
Gesamte Industrie		BRD	1949 = 100	D	129,3	126,7	127,1	128,4	129,5	129,7	132,5	123,9	125,4	135,3	o) 141,2	149,3	138,5	.	.
Produktionsgüterindustrie		"	"	"	130,3	132,1	133,0	135,2	133,2	133,7	137,3	127,3	128,3	138,1	139,8	146,1	136,8	.	.
Verbrauchsgüterindustrie . ¹⁰⁾		"	"	"	129,3	130,1	128,3	126,1	129,7	125,6	123,6	119,0	127,1	144,0	153,5	162,2	149,0	.	.
Nahrungs- u. Genußmittelind.		"	"	"	129,4	98,4	99,2	101,1	113,5	116,3	120,4	109,8	108,5	109,6	131,6	149,1	137,3	.	.
je Arbeiterstunde																			
Gesamte Industrie		BRD	1949 = 100	D	121,7	122,9	124,4	127,2	121,9	125,3	125,9	128,5	127,9	132,5	134,7	133,6	128,6	.	.
Produktionsgüterindustrie		"	"	"	121,9	126,8	129,0	132,0	124,6	127,9	128,1	129,9	129,5	135,4	o) 134,7	132,4	128,2	.	.
Verbrauchsgüterindustrie . ¹⁰⁾		"	"	"	124,5	128,7	127,4	127,9	123,8	124,4	124,2	129,8	133,9	140,1	o) 142,4	141,0	136,0	.	.
Nahrungs- u. Genußmittelind.		"	"	"	117,6	98,1	100,9	104,4	109,5	114,0	113,2	111,3	108,8	108,2	126,4	132,6	125,4	.	.

1) Arbeiter (BRD ohne Heimarbeiter), Angestellte und Beamte. — 2) Von März 1952 ab einschl. anerkannte politische Flüchtlinge ohne Zuzug. — 3) Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — 4) Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge. — 5) Versicherungspflichtige Mitglieder der sozialen Krankenversicherung. — 6) Nach der Industrierichterstattung. Ohne Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Baundustrie. Ab Januar 1952 neuer Firmenkreis, daher nicht ohne weiteres mit dem Vorkriegsvergleichbar. — 7) Einzelgewerblich, Leiharbeit. — 8) Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter.

⁹⁾ Nicht ohne weiteres mit dem Vormonat vergleichbar. — ⁷⁾ Einschl. gewerblicher Lehrlinge. — ⁸⁾ Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — ¹⁰⁾ Ohne Energiewirtschaft und Baudindustrie. — ¹¹⁾ Neuberechnung des Statistischen Bundesamts.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.

